

## Rezensionen

Günther HAASCH (Hrsg.): *Die Deutsch-Japanischen Gesellschaften von 1888 bis 1996*. Berlin: Edition Colloquium im Wissenschaftsverlag Volker Spiess 1996. XXX, 625 S.

Deutsch-japanische Vereinigungen haben eine über einhundertjährige Tradition, die nach der erzwungenen Öffnung des fernöstlichen Kaiserreiches und der Gründung des Bismarck-Staates begann. Daher ist es verdienstvoll, daß hier eine ausführliche Darstellung ihrer Geschichte und Informationen über die bestehenden Gesellschaften von einem engagierten Autorenteam vorgelegt werden. Die Veröffentlichung gliedert sich in zwei Teile: Eine historische Darstellung der Gesellschaften bis 1945, die ca. 80% des Buchumfangs einnimmt und von Annette Hack in erfrischend lesbarer Form verfaßt ist; die von ihr geleistete Mammutarbeit hätte man, beispielsweise auch auf der Titelseite, ruhig etwas mehr herausstreichen dürfen! In einem zweiten, kürzeren Teil folgen Selbstdarstellungen der Vereinigungen für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg.

Die erste „Deutsch-Japanische Gesellschaft“ (*Wa-Doku-Kai*) wurde 1888 – anderen Quellen nach aber erst 1890 – von dem Philosophen Inoue Tetsujirō gegründet, der seinerzeit Lektor für Japanisch am Seminar für Orientalische Sprachen in Berlin war, gemeinsam mit einigen deutschen und japanischen Studenten. Die Beschäftigung mit nicht-europäischen Kulturen war seinerzeit noch eine Seltenheit und hatte sich bis dahin auf wenige spezialisierte Gelehrte beschränkt. Trotzdem wuchs die Gesellschaft (DJG) bald auf ca. 150 Mitglieder an, wobei sich der „Blutzufluß“ durch Experten wohltuend bemerkbar machte, die von der japanischen Regierung während der Aufbaujahre der Meiji-Zeit angeworben worden waren und nach und nach in ihre Heimat zurückkehrten. Zu ihnen gehörten u.a. der Historiker Ludwig Riess,<sup>1</sup> der ab 1907 für lange Zeit Vorsitzender der Gesellschaft wurde, der Arzt Erwin von Baelz und der Jurist Alfred Mosse.<sup>2</sup> Die Zeitschrift „Ost-Asien“ informierte über die Aktivitäten der Gesellschaft. Regelmäßig wurden Vorträge veranstaltet, und zwar nicht nur über Japan, sondern gelegentlich auch über andere Themen zur Kultur des Fernen Ostens. Man orientierte sich offensichtlich an der bereits 1873 in Tôkyô ge-

---

1 Zu der Tätigkeit von Riess in Japan, wo dieser eine „moderne“ Geschichtswissenschaft aufbaute, siehe die ausgezeichnete Studie von Margaret Mehl: *Eine Vergangenheit für die japanische Nation. Die Entstehung des historischen Forschungsinstituts Tôkyô daigaku shiryô hensanjo (1869–1895)*. Frankfurt a. M. u. a.: Peter Lang 1992.

2 Zu Mosses Tätigkeit in Japan siehe: Albert und Lina Mosse: *Fast wie mein eigen Vaterland. Briefe aus Japan 1886–1889*. München: iudicium verlag 1995.

gründeten „Deutschen Gesellschaft für Natur- und Völkerkunde Ostasiens“ (OAG). Außerdem wurde eine Fachbibliothek aufgebaut. Die dem Charakter nach „gelehrte Gesellschaft“ nahm niemals Einfluß auf die deutsche Ostasienpolitik.

Kurz vor dem Ersten Weltkrieg löste sich die Gesellschaft auf, als kein Nachfolger für den langjährigen Vorsitzenden Riess gefunden wurde. Nach dem Friedensschluß kamen die Aktivitäten nur schwer wieder in Gang: Die Deutschen waren noch jahrelang „verschnupft“ wegen Japans Kriegseintritt auf Seiten der Gegnermächte und der Eroberung von Tsingtao. Diplomatische Beziehungen wurden 1920 aufgenommen, aber das Verhältnis war nicht sehr eng. 1926 wurde ein „Institut zur Förderung der wechselseitigen Kenntnis des geistigen Lebens und der öffentlichen Einrichtungen in Deutschland und Japan“ – kurz: Japaninstitut – in Berlin gegründet und im folgenden Jahr ein Japanisch-Deutsches Kulturinstitut in Tôkyô. Auf japanischer Seite waren der Hauptinitiator Gotô Shinpei, auf deutscher Wilhelm Solf, seinerzeit Botschafter in Tôkyô, der Japanologe Friedrich M. Trautz und der Chemiker Fritz Haber.

Als erster japanischer Professor, der am Berliner Institut wirkte und bis 1929 sein japanischer Leiter war – deutscher Leiter war F.M. Trautz –, kam der Philosoph Kanokogi Kazunobu von der Kaiserlichen Universität Kyûshû (Fukuoka), der die „Deutsch-Japanische Arbeitsgemeinschaft“ gründete. Diese nahm 1929 wieder den traditionellen Namen „Deutsch-Japanische Gesellschaft“ an und weitete ihre Aktivitäten auch auf andere, nicht streng wissenschaftliche Aktivitäten aus. Sie zählte solch erlauchte Persönlichkeiten wie Erwin Toku Baelz, den Sohn des bekannten Arztes aus der Meiji-Zeit und den Künstler und Kunsthistoriker Fritz Rumpf zu ihren Mitgliedern, der im Ersten Weltkrieg viele Jahre als Kriegsgefangener in Japan verbracht hatte.<sup>3</sup> Kanokogi entwickelte leider eine stark nationalistische Haltung, als Panasiatismus verbrämt, und rief schon in den zwanziger Jahren zu einer deutsch-japanischen Blockbildung mit antiwestlicher Stoßrichtung auf. In den dreißiger Jahren sollte er nur noch als Sprachrohr japanischer Regierungspropaganda und Proponent der „Achsenpolitik“ fungieren.

Im Jahre 1933 stieg der Einfluß von Nationalsozialisten innerhalb der Gesellschaft, die gegen den jüdischen Vorsitzenden und Kultursoziologen Wilhelm Haas – Kanokogi war 1929 nach Japan zurückgekehrt – und den ebenfalls jüdischen Japanologen Alexander Chanoch agitierten. Nach und nach wurden Juden aus der Vereinigung ausgeschlossen. Die Japaner waren offensichtlich bemüht, der Vereinigung einen politischeren Charakter als bisher zu verleihen, wenn

<sup>3</sup> Zu den Kriegsgefangenen in Japan siehe grundlegend: Charles Burdick und Ursula Moesner: *The German Prisoners of War in Japan, 1914–20*. Lanham, Md.: University Press of America 1984 sowie Hartmut Walravens: „Kriegsgefangenschaft in Japan“, in: *Nachrichten der Gesellschaft für Natur- und Völkerkunde Ostasiens* 139–142 (1986–87), S. 43–70 und ders.: „Nachlese zur Ausstellung über Fritz Rumpf“, in: *ebd.* 155–156 (1994), S. 95–135.

auch nicht unbedingt in nationalsozialistischem Sinne. War in diesen Jahren eher die Kaiserliche Armee Vorkämpfer einer engeren Anlehnung an Berlin, so verfügte innerhalb der Gesellschaft die Marine über mehr Einfluß. Von 1933 bis zu seinem Tode im Jahre 1937 war der inaktive Admiral Paul Behncke Vorsitzender, danach der ebenfalls inaktive Admiral Richard Foerster. Ob dabei Admiral Wilhelm Canaris, der Chef der militärischen „Abwehr“, mit seinen intensiven Kontakten zu Japan – und dem noch zu erwähnenden Waffenhändler Hack – eine Rolle gespielt hatte, erfährt der Leser leider nicht. Nun gewannen Auswärtiges Amt, NSDAP und japanische Botschaft an Einfluß, verstärkten die Mitgliedschaft durch Entsendung ihrer Angehörigen und besserten die Vereinskasse auf. Behncke wie Foerster wurden in Personalunion auch Präsidenten des Japaninstituts. Gleichzeitig geriet die Gesellschaft dadurch immer mehr in das Fahrwasser der Politik und unterstützte propagandistisch die „Achse“ Berlin-Tôkyô, deren Meilensteine der Antikominternpakt 1936, der Dreimächtepakt 1940 und ab Ende 1941 der gemeinsam geführte Krieg waren. In zahlreichen deutschen Städten wurden Ortsvereine gegründet. Mit der *Nichi-Doku Kyôkai* in Tôkyô, deren Ehrenpräsident Prinz Fushimi war, ebenfalls Admiral in inaktivem Stand (ab April 1941), wurden enge Kontakte angestrebt.

Die Politisierung der DJG erfährt zwar durchaus eine gründliche Behandlung, doch hätte diese noch stärker hervorgehoben werden sollen. Ein Beispiel sei genannt: Es wird erwähnt, Friedrich Wilhelm Hack, auch er ein ehemaliger Kriegsgefangener in Japan und ab 1933 Geschäftsführer der Gesellschaft, habe auf deutscher Seite zunächst am Antikominternpakt mitgewirkt (S.168). Tatsächlich aber hatte er den Vertrag sogar persönlich eingefädelt und als Mittelsmann zwischen den Verhandlungspartnern Ribbentrop und Ôshima fungiert.

Nach außen hin aber standen zunächst noch harmlos wirkende kulturelle Veranstaltungen im Vordergrund. Daneben sollten in Koproduktion hergestellte Filme die gemeinsamen Interessen beider Nationen unterstreichen. Die DJG wirkte dabei mit den verschiedensten Stellen zusammen. Der erste große, abendfüllende Spielfilm war „Die Tochter des Samurai“, uraufgeführt 1937. In der etwas anderen, längeren japanischen Fassung hieß er „Die neue Erde“ (*Atarashiki tsuchi*).<sup>4</sup> Regie führte Arnold Fanck, Berater war DJG-Geschäftsführer Friedrich W. Hack, der auch mit zu den Drehaufnahmen nach Japan reiste – und hinter diesem Tarnschleier seine auf den Abschluß des Antikominternpaktes gerichteten Kontakte intensivieren konnte. Dieser Aspekt hätte durchaus eine Behandlung verdient, war doch zu diesem Zeitpunkt die DJG ein Instrument der

4 Hierzu wären auch die Erinnerungen des Regisseurs heranzuziehen: Arnold Fanck: *Er führte Regie mit Gletschern, Stürmen und Lawinen. Ein Filmpionier erzählt*. München: Nymphenburger Verlagshandlung 1968. Eine an der FU Berlin zu dem Thema 1996 vorgelegte Magisterarbeit ist bei Harrassowitz für die Veröffentlichung in der Reihe Iaponia Insula vorgesehen: Janine Hansen: „Der deutsch-japanische Spielfilm *Die Tochter des Samurai* und die Ausrichtung der japanischen Filmpolitik am nationalsozialistischen Beispiel“.

deutschen und teilweise auch der japanischen Politik. Die Auslandsorganisation der NSDAP in Tôkyô protestierte übrigens nach Hacks Japan-Reise im Jahre 1936 massiv gegen dessen Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Antikominternpakt, da er die NSDAP-Vertreter in Japan nicht eingeweiht habe.<sup>5</sup> Sollte der – auch für die Autorin nicht geklärte – Grund für Hacks spätere Verhaftung und seine Übersiedlung in die Schweiz in dieser Kritik liegen, so dürften Rivalitäten zwischen der Auslandsorganisation und der Dienststelle Ribbentrop dahinterstecken.

Auch die Wissenschaft mußte sich den Machtverhältnissen unterordnen: Günther Wenck, mit dem Thema „Die japanischen Minister als politische Führung“ frisch promovierter Japanologe und Jurist, hielt Ende Oktober 1940 in den Räumen der DJG im Rahmen einer Arbeitsgemeinschaft von Studenten aus beiden Ländern einen Vortrag mit dem Titel „Der Aufbau des deutschen und des japanischen Staates“, in dem er dem Tennô jegliche politische Macht absprach. Die Kaiserliche Botschaft in Berlin protestierte und forderte außerdem, den Vertrieb der vorher gar nicht beanstandeten Dissertation einzustellen. Auf Vermittlung der DJG entschuldigte sich Wenck. Die Japanologie war – ebenso wie andere Fächer – keine freie Wissenschaft mehr und wurde zunehmend in den Dienst der Propaganda gestellt.<sup>6</sup>

Die angeblich gemeinsamen Interessen und Ziele der beiden Nationen wurden umso mehr betont, je stärker es mit dem Kriegsglück bergab ging. Die Zweigorganisationen in den meisten größeren Städten verschrieben sich dem gleichen Ziel. Schließlich versuchte man, die Gemeinsamkeiten durch einen Aufsatzwettbewerb verdeutlichen zu lassen. Peinlich war nur, daß der Träger des ersten Preises, ein Schriftsteller namens Dr. Konrad Praxmarer aus Graz – er hatte also die Gemeinsamkeiten am besten erkannt –, gerade „wegen querulantisches Irreseins“ von der Gestapo festgenommen worden war und die Auszeichnung daher nicht entgegennehmen konnte. Der verhinderte Preisträger aber forderte penetrant seinen Lohn, so daß man beschloß, ihn in ein KZ einzuliefern und die Angelegenheit „unauffällig aus der Welt zu schaffen“. Auch von dort, aus Dachau, aber meldete er noch seine Ansprüche an, wenn auch vergeblich.

Die DJG spielte aber während der nationalsozialistischen Zeit nicht nur die unrühmliche Rolle, für eine verbrecherische Politik Schützenhilfe zu bieten. Sie leistete nämlich andererseits Unterstützung auf humanitärem Gebiet, so vor allem zugunsten der sogenannten deutsch-japanischen Mischlinge, die unter die Räder der Rassengesetzgebung zu geraten drohten. In Einzelfällen konnte die

<sup>5</sup> Auswärtiges Amt, Politisches Archiv, Bonn, Chef Auslandsorganisation 14, Landesgruppe Japan an AO 31.3., 5.4., 26.4., 30.4., 28.7., 8.7.1937.

<sup>6</sup> Dazu Herbert Worm: „Japanologie im Nationalsozialismus. Ein Zwischenbericht“, in: Gerhard Krebs und Bernd Martin (Hrsg.): *Formierung und Fall der Achse Berlin-Tôkyô*. München: iudicium verlag 1994, S. 153–186.

Diskriminierung zumindest abgeschwächt werden, doch stand der deutsche Rassismus während des gesamten „Dritten Reiches“ im Gegensatz zu der propagierten Politik deutsch-japanischer gemeinsamer Interessen.<sup>7</sup>

Leider sind die für diese Arbeit zu diesem Thema notwendigen Quellen nur bruchstückhaft erhalten, so daß viele Fragen offen bleiben, so z.B. auch ganz einfache bezüglich des Gründungsjahres und des Endes der DJG vor dem Ersten Weltkrieg sowie kompliziertere Probleme wie die Umstände der „Einschaltung“ ab 1933 und das Ausmaß staatlicher Eingriffe.

Seit den 1950er Jahren entstanden die deutsch-japanischen Gesellschaften nach und nach wieder – die DJG konstituierte sich in Berlin 1952 kurz nach der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Ländern neu –, oder es wurden neue Vereinigungen gegründet. Ein Kulturabkommen zwischen Bonn und Tôkyô 1957 erleichterte die Arbeit und vergrößerte die Wirkungsmöglichkeiten. Die einzelnen Gesellschaften sind voneinander unabhängig und haben sich nur 1963 (zu einem Informationsaustausch) lose zu einem „Verband der Deutsch-Japanischen Gesellschaften in Deutschland“ zusammengeschlossen. Die DJG Berlin, seit 1986 unter der Präsidentschaft von Günther Haasch, hatte anfangs versucht, sich als „eigentliche“ und ursprüngliche Deutsch-Japanische Gesellschaft zu profilieren. Den Vereinigungen der Nachkriegszeit ist die Auflistung in der Form von Selbstvorstellungen im letzten Teil des vorliegenden Werkes gewidmet, ergänzt durch ein Anschriftenverzeichnis. Die Geschichte des Freundschaftskomitees Japan-DDR und ostdeutscher Institutionen erfahren nur eine kurze Behandlung (S. 450–453).

Auf ein Literaturverzeichnis wurde leider aus Platzgründen verzichtet. Der historische Teil verfügt aber über einen Anmerkungsapparat, aus dem die benutzten Quellen hervorgehen und der Appetit auf weitere Untersuchungen macht.

Gerhard Krebs, Potsdam

Jörg-Michael SCHEIL: *Die chinesischen Vertragsurkunden aus Turfan*. Stuttgart: Steiner 1995 (Münchener Ostasiatische Studien, Bd. 72). XI, 187 S., Dokumentenanhang

Drei Jahre nachdem der Autor seine Arbeit *Chinesische Darlehensverträge aus Turfan-Funden* vorgelegt hat (Rezension in *Oriens extremus* 36.2 (1993),

<sup>7</sup> Dazu als neuere Veröffentlichung: Harumi Shidehara Furuya: „Nazi Racism Toward the Japanese. Ideology vs. Realpolitik“, in: *Nachrichten der Gesellschaft für Natur- und Völkerkunde Ostasiens* 157–158 (1995), S. 17–75.